

Das Bekenntniß der Jesuiten.

I.

Der Papst ist in die Hände der Jesuiten gerathen und ist damit dem Glauben der römisch-katholischen Kirche untreu geworden, die Beschlüsse seines Konziles sind nichts anderes als die Wiederholungen des alten Jesuiten-Bekenntnisses: das ist der Vorwurf, den wir ihm machen. Das Jesuiten-Bekenntniß aber ist nichts anderes als die Verleugnung jeder Wahrheit und Wissenschaft, als die Verhöhnung jeder Religion und Sittlichkeit, als die Verspottung Gottes, des Herrn Jesus Christus und der heiligen Schrift, eine Verspottung, die jeder Deutsche, mag er römisch-katholisch sein oder was sonst, nur mit Unwillen hören, nur mit Empörung zurückweisen kann.

Die folgenden Zeilen werden den Beweis der Wahrheit geben. Die Jesuiten haben ihr Bekenntniß niedergelegt in dem „Römisch-katholischen Bekenntniß, in Ungarn den Evangelischen öffentlich vorgelegt und vorgeschrieben“, wie dies unter die Bekenntnisse der römisch-katholischen Kirche aufgenommen ist.

In diesem Bekenntnisse, das wir ganz genau übersehen, heißt es nun wörtlich:

II. Wir bekennen, daß der Römische Papst das Haupt ist der Kirche und daß er unfehlbar ist.

III. Wir bekennen und sind gewiß, daß der Römische Papst der Stellvertreter Christi ist und die volle Gewalt hat, allen Menschen nach seinem Willen die Sünden zu vergeben oder zu behalten, sie aus der Kirche zu stoßen und sie in die Hölle zu stürzen.

IV. Wir bekennen, daß, was der Papst auch Neues einrichten möge, sei es innerhalb oder außerhalb der Bibel, was er auch befehlen möge, daß das wahr, göttlich und heilbringend ist, und von den Laien höher geachtet werden muß, als die Befehle des lebendigen Gottes.

V. Wir bekennen, daß der Heiligste Papst von allen Menschen mit göttlicher Ehre geehrt werden muß, mit größerer Kniebeugung, als selbst Christus gebührt.

VI. Wir bekennen und versichern, daß der Papst, gleichsam als Heiliger Vater, von Allen, ohne irgend eine Ausnahme, in Allem zu hören ist und daß, wer den von ihm eingesetzten Beamten zuwiderhandelt, daß solche Keger ohne jedes Mitleid nicht allein mit Feuer zu tödten, sondern auch an Leib und Seele der Hölle zu übergeben sind.

XVII. XVIII. Wir bekennen, daß die Selige Jungfrau Maria größerer Ehre Seitens der Engel und Menschen würdig ist als Christus selbst, der Sohn Gottes. Wir bekennen, daß die Selige Jungfrau Maria die Himmelskönigin ist und zugleich mit dem Sohne herrscht, welcher der Sohn alles nach ihrem Willen zu thun verpflichtet ist.

IX. Wir bekennen, daß ein jeder Priester viel mehr ist als die Gottesmutter, die Selige Jungfrau Maria, welche nur einmal Christum geboren hat und nicht weiter gebärt. Der Römische Priester aber macht und bietet Christum dar, nicht nur, wenn er will, sondern auch, so oft er will und vernichtet auch den gemachten wieder.

VII. Wir bekennen, daß das Lesen der Heiligen Schrift der Ursprung der Häresien und Sekten und die Quelle der Lasterungen ist.

XI. Wir bekennen, daß der Römische Papst die Gewalt hat, die Schrift zu ändern, und nach seinem Willen zu vermehren und zu vermindern.

XX. Wir sprechen es öffentlich aus, daß unsere Eltern verflucht sind, welche uns im Häretischen Glauben erzogen haben, wir fluchen den Geistlichen, welche uns den verfluchten Kelch gereicht haben, wir verfluchen auch uns selbst und sprechen es öffentlich aus, daß wir verflucht sind, weil wir an jenem verfluchten häretischen Kelche, aus welchem zu trinken uns nicht geziemte, Theil genommen haben.

Das also sind die wesentlichsten Sätze aus dem Bekenntnisse der Jesuiten, ebenso gottlos, als unchristlich, jedes Gefühl der Religion und kindlicher Liebe verlegend und verhöhrend. Und solches Bekenntniß finsternen Aberglaubens will man in erneuter Form Seitens der Ultramontanen dem gebildeten deutschen Volke jegiger Zeit aufbürden. Kann es ein empörenderes, kann es zugleich ein dummeres Unternehmen Seitens der Ultramontanen geben?

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 7. November.

Präsident Dr. Simson eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten mit geschäftlichen Mittheilungen.

Das Haus genehmigt in dritter Berathung das Gesetz wegen Einführung des Bundesgesetzes, betreffend den Unterstützungswohnort in Württemberg und Baden.

Es folgt die erste Berathung des Gesetz-Ent-

wurfs wegen Einführung der Gewerbe-Ordnung in Württemberg und Baden. Das Wort nimmt der

Abg. Mohl: Er glaubt, daß Württemberg einen Rückschritt mache, wenn daselbst die norddeutsche Gewerbe-Ordnung eingeführt würde, besonders was den Hausirhandel anlangt. Es befänden sich darin Grundsätze ausgesprochen, von denen man sagen müsse, daß sie der Freizügigkeit widersprechen, wie z. B. der, daß Gewerbescheine nur nach Bedürfnis erteilt werden, daß Legitimationscheine nur für gewisse Bezirke Geltung haben sollten.

Abg. Elben bittet, das Gesetz einstimmig anzunehmen, besonders deshalb, weil dadurch die wirtschaftliche Einheit Deutschlands ausgedehnt und damit ein großer Fortschritt im Zusammenwachsen Deutschlands erzielt werde. Wenn der Vorredner behauptet habe, daß nach der norddeutschen Gewerbeordnung die Erlaubnis zum Hausiren nur nach dem Bedürfnisse erteilt werde, so sei dies irrig; nach §. 47 werde jedem Angehörigen des norddeutschen Bundes diese Erlaubnis erteilt, wenn er nicht an den dort aufgeführten Mängeln (anständigen Krankheiten u.) leide. Der Vorredner habe nur Mängel der norddeutschen Gewerbeordnung erwähnt, nicht aber die Vortheile, die sich besonders für Württemberg aus der Einführung der Gewerbeordnung ergeben würden; hierhin gehören z. B. die Freiheit des Pflanzgewerbes, die Einführung der ärztlichen Freizügigkeit, die Freiheit, Theater zu errichten. Er (Redner) kann deshalb nur bitten, das Gesetz anzunehmen und baldmöglichst auch in Baiern einzuführen.

Abg. Richter bemerkt, daß Niemand mehr, als die norddeutschen Abgeordneten, die Mängel der norddeutschen Gewerbe-Ordnung kennen und abgeschafft wissen wollten, und es sei eine Revision derselben durchaus nötig. Dann müsse auch durchaus in nächster Zeit dem Reichstag ein Versicherungs-, Apothekergesetz und ein Entwurf über die Regelung der Verhältnisse der gewerblichen Hilfskassen vorgelegt werden.

Hiermit wird die Diskussion geschlossen.

Es folgt die zweite Berathung der Uebersicht der Ausgaben u. pro 1870 und des Gesetzentwurfes wegen Verwendung des Ueberschusses.

Das Haus genehmigt folgende Resolution, nachdem der Minister Delbrück erklärt hat, daß dem Inhalte derselben entsprochen werden solle: „Das Reichsfinanzamt zu ersuchen, dem Reichstag in der nächsten Session einen umfassenden Bericht über die bei den Maßregeln zur Bekämpfung der Rinderpest gemachten Erfahrungen vorzulegen.“

Das Haus genehmigt die Uebersicht, die nachgewiesenen Etatsüberschreitungen und extraordinären Ausgaben für das Jahr 1870 im Betrage von 1,800,871 Thlr., vorbehaltlich der bei der Prüfung der Rechnungen sich etwa noch ergebenden Erinnerungen. Das Haus fordert hierbei den Reichsfinanzminister nach den einzelnen Positionen der Titel der Spezialtats auch in den Ueberschriften über die Einnahmen und Ausgaben der Vorjahre vom nächsten Jahre ab die Etatsüberschreitungen, soweit dies bis zur Vorlegung derselben ausführbar ist, nach Titeln und Positionen der Spezialtats zur Genehmigung des Reichstags mitzutheilen.

Abg. v. Benda berichtet hierauf über den Gesetzentwurf wegen Verwendung des Ueberschusses aus dem Etat pro 1870; welcher ohne Weiteres genehmigt wird.

Das Haus geht zur Berathung des Etats über: Etat für das Bundeskanzleramt.

Abg. Richter wiederholt die Klage über die Schwermühsamkeit des Bundesraths bezüglich seiner Beschlüsse, wünscht ferner, daß die Vorlagen, die an den Bundesrath gehen, gleichzeitig dem Reichstage zur Kenntniß gegeben würden. Jetzt erfahre man nur Manches, oft Unrichtiges, durch die offiziöse Presse.

Minister Delbrück antwortet dem Vorredner, spricht aber sehr leise; er verspricht Mittheilung der Protokolle über Zoll- und Steuer-Angelegenheiten. — Andere Mitglieder wünschen eine zeitigere Vorlage der Gesetzentwürfe, damit bei gründlicherer Berathung die Dauer der Session doch möglichst abgekürzt werden kann.

Bei Position XI. (Dispositionsfonds für unvorhergesehene Ausgaben 40,000 Thlr., im Vorjahre 30,000 Thlr.) berichtigt Abg. Richter die Ansichten des Abg. Grell über die Natur eines Dispositionsfonds; die Budgetkommission habe auf seinen Antrag über die Verwendung des vorjährigen Ausfalls gefordert und erhalten. Er erkenne nach dieser Auskunft die Begründung der Erhöhung des Fonds um 10,000 Thlr. an.

Bei den einmaligen, außerordentlichen Ausgaben (51,000 Thlr. zur Herstellung eines Gebäudes für die technischen Arbeiten der Normal-Eichungs-Kom-

mission) empfiehlt Abg. Wehrenpennig die Bewilligung.

Damit schließt die zweite Berathung des Etats des Reichsfinanzamts.

Bei dem Etat des Rechnungshofes des deutschen Reichs bemerkt Abg. Richter zu einer außerordentlichen Ausgabe von 20,000 Thlr. für Revision der Kriegskosten-Rechnungen von 1870 und 1871, daß das Reichsfinanzamt die Herren in Potsdam doch in eine etwas schnellere Gangart bringen möge.

Der Etat des Leipziger Bundes-Oberhandelsgerichts wird ohne Debatte genehmigt.

Schluß 3 Uhr; nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. (3. Berathung des Antrags Bösing und Genossen; erster Bericht der Petitions-Kommission; 1. und 2. Lesung der Anträge Lasker, v. Unruh, v. Cranach u. a. m.)

Deutschland.

*** Berlin, 7. November. Es ist bekannt, daß in den letzten Tagen sich falsche 25 Thaler-Darlehns-Kassenscheine in großen Mengen — gleich in Päckchen zu 4000 und 2500 Thalern — bei der hiesigen Haupt-Bank-Kasse gezeigt haben. Es sind diese Fälschungen in so bedeutendem Maße vorgekommen, daß die betheiligten Behörden sich zu dem Vorschlage der Einziehung dieser sämtlichen Kassenscheine vereinigt haben. Auf diesen Vorschlag hat der Reichsfinanzminister eingegangen und erklärt: derselbe ist durch Gesetz vom 21. Juli 1870 ermächtigt, unter einfacher Mittheilung, nicht Vorlage, an den Bundesrath die Darlehnskassenscheine wieder einzuziehen. Fürst Bismarck hat den ihm unterbreiteten Vorschlag aber noch erweitert, indem er gleichzeitig die Einziehung der 10 und 5 Thalerscheine derselben Gattung zu veranlassen sich ausgesprochen hat. Der Betrag all dieser Scheine, die Ende September im Umlaufe waren, umfaßte die Summe von 17,699,960 Thlr.; diese einzulösen sind die Mittel zur Zeit ausreichend vorhanden, und es steht daher der unverzüglichen Einziehung um so weniger etwas entgegen, als eine Verminderung der Zahlungsmittel dadurch nicht bewirkt wird, da statt ihrer Banknoten, Kassenscheine und baare Geld in gleichem Maße in Umlauf kommen. — Das deutsche Central-Comité hat nach dem letzten Nachweise eine Gesamteinnahme von 4,458,700 Thlr. gehabt; hiervon gehören der Kaiser-Wilhelms-Stiftung 1,096,000 Thlr.; der Kassenscheine belief sich auf 28,500 Thlr. — Die „National-Zeitung“ nimmt sich in einem so bemerkenswerthen wie beherzigenswerthen Leitartikel der Kernauflösung der sittlichen Zustände in hiesiger Hauptstadt an mit dem Hinzufügen, daß nicht nur der Einzelne und die Behörden, sondern der preussische Landtag im Ganzen angegangen werden sollte, dem Unwesen, wie es jetzt hier überhand nimmt, energisch zu steuern.

Berlin, 7. November. Das Gesetz, betreffend die Ausprägung von Reichsgoldmünzen, wie es aus den Beratungen des Bundesraths hervorgegangen und nunmehr dem Reichstag zur Beschlussfassung übergeben worden ist, hat 13 Paragraphen und lautet wie folgt: §. 1. Es wird eine Reichsgoldmünze ausgeprägt, von welcher aus einem Pfunde feinen Goldes 139 1/2 Stück ausgebracht werden. §. 2. Der zehnte Theil dieser Goldmünze wird Mark genannt und in 10 Groschen, der Groschen in 10 Pfennige eingetheilt. §. 3. Außer der Reichsgoldmünze zu 10 Mark (§. 1) sollen ferner ausgeprägt werden: Reichsgoldmünzen zu 20 Mark, von welchen aus einem Pfunde feinen Goldes 69 1/2 Stück, und Reichsgoldmünzen zu 30 Mark, von welchen aus einem Pfunde feinen Goldes 46 1/2 Stück ausgebracht werden. §. 4. Das Mischungsverhältniß der Reichsgoldmünzen wird auf 900 Tausendtheile Gold und 100 Tausendtheile Kupfer festgestellt. Es werden demnach 125,55 Zehn-Mark-Stücke, 62,775 Zwanzig-Mark-Stücke und 41,65 Dreißig-Mark-Stücke je ein Pfund wiegen. §. 5. Die Reichsgoldmünzen tragen auf der einen Seite den Reichsadler mit der Ueberschrift: „Deutsche Reichsmünze“ und mit der Angabe des Werthes in Mark, sowie mit der Jahreszahl der Ausprägung, auf der anderen Seite das Bildniß des Landesherren, beziehungsweise das Hofzeichen der freien Städte, mit einer entsprechenden Umschrift und dem Münzzeichen. Sie werden im Ringe mit einem glatten Rande geprägt, welcher die vertiefte Inschrift „Gott mit uns“ führt. Ihr Durchmesser soll betragen, und zwar: für das Zehnmarkstück 18 Millimeter, für das Zwanzigmarkstück 22 1/2 Millimeter, für das Dreißigmarkstück 25 Millimeter. §. 6. Bis zum Erlaß eines Gesetzes über die Einziehung der groben Silbermünzen erfolgt die Ausprägung der Goldmünzen auf Kosten des Reichs für sämtliche Bundesstaaten auf den Münzstätten derjenigen Bundesstaaten, welche sich dazu bereit erklärt haben. Der Reichsfinanzminister bestimmt unter Zustimmung des Bundesraths die in Gold auszumünzenden Beträge, die

Vertheilung dieser Beträge auf die einzelnen Münzgattungen und auf die einzelnen Münzstätten und die den letzteren für die Prägung jeder einzelnen Münzgattung gleichmäßig zu gewährende Vergütung. Er versieht die Münzstätten mit dem Golde, welches für die ihnen überwiesenen Ausprägungen erforderlich ist.

§. 7. Das Verfahren bei Ausprägung der Reichsgoldmünzen wird vom Bundesrathe festgesetzt und unterliegt der Beaufsichtigung von Seiten des Reichs. Dieses Verfahren soll die vollständige Genauigkeit der Münzen nach Gehalt und Gewicht sicherstellen. Soweit eine absolute Genauigkeit bei dem einzelnen Stücke nicht innegehalten werden kann, soll die Abweichung im Mehr oder Weniger im Gewicht nicht mehr als zwei und ein halb Tausendtheile seines Gewichts, im Feingehalt nicht mehr als zwei Tausendtheile betragen. §. 8. Alle Zahlungen, welche gesetzlich in Silbermünzen der Thalerwährung, der süddeutschen Währung, der lübischen oder hamburgischen Courant-Währung, oder in bremischen Thaler Gold zu leisten sind, oder geleistet werden dürfen, können in Reichsgoldmünzen (§§. 1 und 3) dergestalt geleistet werden, daß gerechnet wird: das Zehnmarkstück zum Werthe von 3 1/2 Thalern oder 5 fl. 50 fr. süddeutscher Währung, 8 Mark 5 1/2 Schilling lübischer und hamburgischer Courant-Währung, 3 Thlr. 2 1/2.

Grote Gold Bremer Rechnung; das Zwanzigmarkstück zum Werthe von 6 1/2 Thalern; das Dreißigmarkstück zum Werthe von 10 Thalern. §. 9. Reichsgoldmünzen, deren Gewicht um nicht mehr als fünf Tausendtheile hinter dem Normalgewichte (§. 4) zurückbleibt (Passirgewicht) und welche nicht durch gewaltthätige oder gewerthmäßige Beschädigung am Gewichte verringert sind, sollen bei allen Zahlungen als vollständig gelten. Reichsgoldmünzen, welche das vorgedachte Passirgewicht nicht erreichen und an Zahlungsstatt von den Reichs-, Staats-, Provinzial- oder Kommunalstellen, sowie von Geld- und Kreditanstalten und Banken angenommen worden sind, dürfen von den gedachten Stellen und Anstalten nicht wieder ausgegeben werden. Die Reichsgoldmünzen werden, wenn dieselben in Folge längerer Cirkulation und Abnutzung am Gewichte so viel eingebüßt haben, daß sie das Passirgewicht nicht mehr erreichen, für Rechnung desjenigen Staats, für welchen die Münzen geprägt sind, zum Einschmelzen eingezogen. Auch werden dergleichen abgenutzte Goldmünzen bei den Kassen dieses Staats stets voll zu demjenigen Werthe, zu welchem sie ausgegeben sind, angenommen werden. §. 10. Die Bestimmung im zweiten Absatze des Artikel 11 des Münzvertrages vom 24. Januar 1857 wird aufgehoben. §. 11. Sobald der zunächst auszugebende Betrag von Goldmünzen (§. 6) in Verkehr gebracht ist, sind die derzeit in Umlauf befindlichen deutschen Goldmünzen durch die Staaten, für welche sie ausgeprägt sind, einzuziehen. §. 12. Es sollen Gewichtsstücke zur Eichung und Stempelung zugelassen werden, welche das Normalgewicht und das Passirgewicht der nach Maßgabe dieses Gesetzes auszumünzenden Goldmünzen, sowie eines Vielfachen derselben angeben. Für die Eichung und Stempelung dieser Gewichtsstücke sind die Bestimmungen der Artikel 10 und 18 der Maß- und Gewichts-Ordnung vom 17. August 1868 (Bundesgesetzblatt S. 473) maßgebend. §. 13. Im Gebiet des Königreichs Baiern kann im Bedarfsfall eine Untertheilung des Pfennigs in zwei Halb-Pfennige stattfinden.

Tilsit, 7. November. Die Schiffsbrücke über die Memel wurde gestern wegen des bevorstehenden Eistreibens abgefahren; das Traject ist im Gange. Der Wasserstand beträgt 9 Fuß 2 Zoll, die Temperatur 9 Grad Kälte.

Leipzig, 7. November. Die Konstituierung des hier neu begründeten Leipziger Bankvereins hat so eben stattgefunden.

Ausland.

Wien, 5. November. Die Besorgniß, daß das Ministerium Kellersperg einen durchaus bürokratischen Charakter haben werde, scheint nicht gerechtfertigt zu sein; was bis jetzt über die Zusammenfassung des neuen Ministeriums verlautet, ist lediglich als unbegründete Kombination zu betrachten. Baron Kellersperg macht ernstliche Anstrengungen, um ein oder das andere hervorragende Mitglied der ehemaligen Autonomistenpartei für sein Kabinett zu gewinnen. Das Programm dieser letzteren ist bekannt, es läßt sich in die Worte zusammenfassen: „direkte Reichsrathswahlen und Separatenausgleich mit Galizien“, eben so weiß man, daß dieses Programm beinahe von der ganzen Verfassungspartei angenommen worden ist. Jedenfalls bietet dieses Programm Anhaltspunkte für eine ernsthafte und fruchtbare Diskussion und könnte man es nur als einen Gewinn betrachten, wenn auch das Ministerium dasselbe acceptiren würde, schon darum, weil es sich nicht bloß mit Regieren befaßt, sondern positive Vorschläge macht. — In Prag wird demnächst ein allgemeiner Föderalistentongress statt-

finden, der auf den Trümmern des Ausgleichs über die nunmehr zu beobachtende Haltung zu berathen hat. Für Oesterreich ist es jedenfalls heilsamer, die „föderalistischen Notabilitäten“ in Prag konspiriren als sie in Wien regieren zu lassen. In seinem neuesten Memorandum droht Niegler, daß die tschechische Nation wieder auf den Standpunkt der bedingungslosen, entschiedensten Opposition zurückkehren werde, der zum Mindestens seine volle frühere Schärfe und eiserne Festigkeit wiedererlangen und nicht abzuschnütern sein werde.

Wien, 7. November. Die Demission des Grafen Beust ist eine Thatsache. Dieselbe wird auf persönliche Motive zurückgeführt. Morgen erwartet man die betreffende Publikation in der „Wiener Zeitung“. Hier wie in Pesth herrscht große Bestürzung, obwohl mit Bestimmtheit behauptet wird, daß kein Systemwechsel in der auswärtigen Politik bevorsteht, sondern nur eine schärfere Betonung des österreichischen Staatsgedankens.

Die Kaiserin beabsichtigt, gutem Vernehmen nach, den letzten Theil des Winters in Nizza zuzubringen und dürfte der Aufenthalt daselbst ein mehrmonatlicher sein.

Heute fand die feierliche Enthüllung des Denkmals des Kaisers Maximilian in Hiesing in Gegenwart des Kaisers, der hier anwesenden Erzherzöge, der Minister und eines zahlreichen Publikums statt.

Alle Kreise beschäftigen sich mit der Thatsache gewordenen Demissionirung des Grafen Beust. Graf Andrassy soll noch schwanken, ob er das Portefeuille des Grafen Beust übernimmt. Für den Fall seiner Ablehnung wird Graf Konyay als designirt genannt.

Prag, 7. November. Die zur Berathung des königlichen Reskriptes eingesetzte Landtagskommission hat sich dahin geeinigt, es möge von Erlassung einer neuen Adresse abgesehen und die Vornahme der Wahlen in den Reichsrath abgelehnt werden.

Pesth, 7. November. Unterhaus. Ministerpräsident Graf Andrassy beantwortet die Interpellation Hefsy's, ob es wahr sei, daß er seinen Einfluß geltend gemacht habe, um die Bewilligung der Forderung des böhmischen Landtages zu verhindern, sowie die Interpellation Tizja's, ob er nicht glaube, daß die Herstellung einer Personal-Union nothwendig geworden sei. Graf Andrassy erklärt, die Behauptung, er habe den Ausgleichsplan in Cisleithanien entzwei gerissen, sei unbegründet. Er habe als Rath der Krone an den betreffenden Berathungen Theil genommen, sich dem gemeinsamen Ministerium angeschlossen und den Rechtsstandpunkt verteidigt, nach welchem der auf gegenseitigem Wege mit den gesellschaflichen Faktoren abgeschlossene Ausgleich nicht von der Zustimmung irgend eines neuen Faktors abhängig gemacht werden könne. Auf die Frage Tizja's erklärt der Ministerpräsident, die Einführung der Personal-Union sei weder jetzt noch in der Folge zweckmäßig, da durch die Personal-Union permanente Krisen zwischen Oesterreich und Ungarn geschaffen würden. Auch verbiete das spezifisch ungarische Interesse eine Abänderung der staatsrechtlichen Basis, welche Ungarn in die Reihe der europäischen Staaten eingeführt habe. Das einzige Mittel, die ungarischen Interessen zu wahren, bestünde im Festhalten an dem Rechtsstandpunkt.

Luxemburg, 7. November. Die Deputirtenkammer wurde heute Nachmittags durch den Prinzen-Statthalter eröffnet. Die Thronrede betont, daß die guten Beziehungen mit den auswärtigen Mächten durch die Kriegereignisse in keiner Weise getrübt worden seien. Trotz den schwierigen Verhältnissen, welche jene Ereignisse oft im Gefolge gehabt hätten, sei die Regierung unausgesetzt alseitigem Wohlwollen begegnet. Der Prinz bedauert, daß die Frage der Liquidationen mit Holland bisher noch nicht gelöst werden konnte, er habe jedoch der Hoffnung noch nicht entsagt, dieselbe in zufriedenstellender Weise gelöst zu sehen. Die Regierung habe sich in eingehender Weise mit den Fragen beschäftigt, welche die Aufkündigung des Betriebes der luxemburgischen Wilhelmshafen Seitens der Ostbahn-Gesellschaft zur Folge hatte. Die Schwierigkeit, die verschiedenen Rechtsansprüche und Interessen miteinander zu vereinigen, habe eine Lösung dieser Fragen bisher verhindert.

Die Abgeordnetenkammer wählte de Scherff mit 20 Stimmen zum Präsidenten. 15 Deputirte hatten sich der Abstimmung enthalten.

Paris, 4. November. Seit gestern spricht man viel davon, daß die Regierung Rouher unter der Anklage, Staatspapiere entwendet zu haben, gerichtlich verfolgt lassen will. Es handelt sich dabei um die Papiere, welche man in seinem Landhause Cercay aufgefunden. Bekanntlich war eine der Anklagen, die man gegen Pascal Groussier, den Delegirten der Kommune bei den auswärtigen Angelegenheiten, erhoben hatte, ebenfalls die, Staatspapiere entwendet zu haben, und sie trug nicht wenig dazu bei, daß er so scharf verurtheilt wurde.

Im Laufe der nächsten Woche findet die feierliche Ueberreichung des goldenen Blattes an Thiers statt. Der spanische Botschafter, Dlozaga, und sein Volschast-Peronal werden in Rittertracht erscheinen. Die Insignien, welche Thiers erhält, stammen von Karl III. her.

Die „Debats“ halten die Lage der Bauf von Frankreich für äußerst ernst und verlangen, um

der Gefahr vorzubeugen, man solle sofort dieselbe ermächtigen, 300 Millionen Bankheine mehr (3 Milliarden statt 2700 Millionen) auszugeben. Die Debats“ wollen, daß die Regierung diese Ermächtigung mit Umgehung der Nationalversammlung ertheile und sich mit der Zustimmung der permanenten Kommission begnüge. Es sei, meinen sie, noch nicht zu spät, und die 300 Millionen würden bis zum Monat Dezember genügen, wo die Versammlung wieder zusammentreten würde. „Man muß sich beeilen“, so schließen sie ihren Artikel, „denn die Krisen warten nicht, und zuweilen ist ein Verschieben von einigen Tagen hinreichend, um dieselben so zu erschweren, daß nicht mehr zu helfen ist.“

Die Behauptung Pouyer-Quertiers, daß nur Paris und die angrenzenden Departements in Geldnoth seien, ist falsch. Das Geld fehlt überall. In St. Etienne und anderen Fabrikorten ist das bare Geld so selten, daß man die Arbeiter nicht mehr bezahlen kann. In St. Etienne war man genöthigt, neues Papiergeld auszugeben.

Paris, 5. November. Täglich tauchen neue Kandidaten für den Berliner Botschafterposten auf. Der Herzog von Choiseul scheint befeitigt zu sein, auch der Vice-Admiral de la Ronciere (von dem namentlich in Berlin die Rede gewesen zu sein scheint), wird nicht mehr genannt; dagegen soll jetzt der Bevollmächtigte bei den Frankfurter Konferenzen Herr de Clercq die meiste Aussicht haben, von Herrn Thiers zum Vertreter der französischen Republik am Hofe des deutschen Kaisers auszuweisen zu werden. Man darf wohl annehmen, daß diese Wahl in Berlin nicht ungünstig aufgenommen werden würde. Bekanntlich war Herr de Clercq 1862 bei den Verhandlungen über den deutsch-französischen Handelsvertrag längere Zeit in Berlin, wo er nicht allein durch seine eigenen Kenntnisse, sondern auch durch seine tadellose Aussprache des Deutschen alle Welt überraschte.

Die Pariser hatten heute das lang entbehrte Schauspiel einer Revue. Die in Versailles organisirte republikanische Garde zu Fuß und zu Pferde, welche seit einigen Wochen die Hauptbesatzung von Paris bildet, war in den elysäischen Feldern aufgestellt und defilirte vor dem Kriegsminister General Cissay und dem Gouverneur von Paris General Ladmirault auf dem Concord-Platz. Die neue Truppe hatte ein durchaus solides Ansehen, da in derselben nur ausgebildete Soldaten, meist aus der früheren Garde-Gensdarmarie und den Garde-Grenadieren, aufgenommen worden sind. Diese 6000 Garden und die ebenfalls militärisch organisirten und bis zu den Zähnen bewaffneten 7000 Stadtsergeanten dürften hinreichen, die Regierung und die Nationalversammlung zu schützen, wenn sie sich endlich entschließen sollten, nach Paris zurückzukehren. Das Kavallerie-Regiment der republikanischen Garde ist ausgezeichnet beritten, dagegen machten 2 Dragoner-, 1 Kürassier- und 1 Husaren-Regiment, welche ebenfalls defilirten, einen überaus kläglichen Eindruck. Das Wetter war prachtvoll und das militärische Schauspiel hatte wie gewöhnlich eine große Menschenmenge herbeigelockt. Es sind gerade sieben Monate, daß ich an derselben Stelle die siegreichen deutschen Truppen vorbeimarschiren sah.

Paris, 7. November. Die Emission der kleinen Scheine steht unmittelbar bevor. Die Räumung der in der Konvention von Berlin bezeichneten sechs Departements durch die deutschen Truppen ist nunmehr beendet.

Paris, 7. November. Der „Gaulois“ bringt folgende Sensation erregende Nachricht: „Graf Arnim sei beauftragt, (?) der französischen Regierung plausibel zu machen, daß Frankreich künftighin kein Interesse mehr an der Aufrechterhaltung der Neutralität Luxemburgs habe. Die deutschen Truppen werden sofort die gesammten okkupirten Departements räumen, wenn Frankreich mit Deutschland von dem Londoner Protokoll von 1867 zurückträte.“

Das von Gambetta gegründete neue Journal „Republique Francaise“ ist heute Morgen erschienen. Dasselbe beschäftigt sich in seinem Leitartikel mit der gegenwärtigen Regierungsform des Landes und hebt hervor, es fehle Frankreich augenblicklich an einer wirklichen Regierung.

Das durch mehrere Zeitungen verbreitete Gerücht, die Regierung beabsichtige der Nationalversammlung bei ihrem Wiederausammentritt mehrere Fragen über die Regierungsform vorzulegen, welche demnach den Gegenstand eines Plebiszits bilden würden, wird von unterrichteter Seite für unbegründet erklärt.

Rom, 6. November. Gutem Vernehmen nach hat der italienische Gesandte zu Athen die Weisung erhalten bezüglich der Laurionfrage im versöhnlichsten Geiste mit der griechischen Regierung zu verhandeln, aber auch gleichzeitig die Interessen der italienischen Staatsangehörigen entschieden zu wahren.

Der hiersebst am 1. Dezember stattfindende internationale Telegraphen-Kongreß wird mit großen Festlichkeiten eröffnet werden. Der italienische Minister des Aeußern wird präsidiren und werden Vertreter fast aller Staaten, sowie Deligirte großer Eisenbahn- und industrieller Gesellschaften an dem Kongreß Theil nehmen. Die Dauer desselben ist auf 14 Tage festgesetzt.

Rom, 6. November. Der Finanzminister beabsichtigt eine neue Noten-Emission.

Glasgow, 7. November. Disraeli ist zum Universitäts-Rektor ernannt worden.

Mandchurie, 7. November. Die Bergwerks-Arbeiter hielten ein Meeting ab. Hauptgegenstände der Berathung waren: Herabsetzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden und Erlangung der Repräsentation im Unterhause.

Athen, 6. November. Bei der Wahl des Kammerpräsidenten erhielten von 152 Stimmen der Regierungskandidat 48, Zaimis 78, Deligloris 14 und Bulgaris 12 Stimmen. Das Ministerium Komonduros, welches aus der Wahl der Regierungskandidaten eine Kabinettsfrage gemacht hatte, richtete in Folge dessen seine Entlassung ein.

Provinzielles.

Stettin, 8. November. Das Haupt-Interesse der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung nahm die Mittheilung des Berichtes in Anspruch, welchen die Servis- und Einquartierungs-Deputation an den Magistrat über die Verwaltung des Einquartierungswesens während des deutsch-französischen Krieges pro 1870 bis 1871 erstattet hat. Aus demselben, welcher auf Antrag des Herrn Grawitz gedruckt, demnächst an die Mitglieder der städtischen Behörden vertheilt und mit solchen Kommunen ausgetauscht werden soll, welche der hiesigen Kommune auf die Verwaltung während des Krieges bezügliche Mittheilungen haben zugehen lassen, erwähnen wir Folgendes: Die hiesige Gemeinde hatte in der Zeit vom 16. Juli v. J. bis Ende Juni cr. im Ganzen 2874,736 Tagesquartiere für Offiziere und Mannschaften und 60,264 Tagesquartiere für Pferde zu gewähren, die Durchschnitts-Tagesleistung betrug 8139 Soldatenquartiere und 172 Pferdeplatzungen; die diesmalige Leistung war absolut 4 Mal so groß, als während des Krieges 1866. Die Ausgaben an Ausmietungskosten betrugen 295,162 Thlr. 10 Sgr. 6 Pf., darauf sind bisher vom Staate an Servis vergütet 105,262 Thlr. und unter Hinzurechnung der Ausgaben an Bureau-, Transport- und Vorspannkosten, Zuschuß für Mundverpflegung, Miete für Räume zu militärischen Verwaltungszwecken etc. stellt sich der städtische Zuschuß auf 198,926 Thlr. Durch den 50prozentigen Zuschlag kommen vom August 1870 bis Juni d. J. 53,490 Thlr. auf, wonach das Einquartierungsfonto am 1. Juni d. h. beim Eintritt der Demobilisirung, incl. Zinsen mit rund 150,000 Thlr. belastet blieb, durch fernere Amortisationen aber bis zum Jahreschlusse auf 124,050 Thlr. ermäßigt werden wird. Die Versammlung nahm in dankbarer Anerkennung der Leistungen der Servis- und Einquartierungs-Deputation von dem Inhalte des Berichtes Kenntniß, sprach durch Erheben von den Eiden der Deputation, speziell deren Dirigenten, Herrn Kammerer Hoffmann, den Dank aus, ertheilte wegen der nicht bewilligten Mehrausgabe von 1244 Thlr. 24 Sgr. Indemnität und erklärte sich mit dem Magistratsvorschlage einverstanden, wegen Gewährung der Entschädigung für außergewöhnliche Aufwendungen während des Krieges zunächst die vom Staatsministerium dem preussischen Landtage zu machende Vorlage bezüglich der den Kreisen und der einen eigenen Kreis bildenden Stadt aus der Kriegskontribution zu gewährenden Entschädigung abzuwarten. — Im Anschluß an den vorerwähnten Bericht wurde eine Zusammenstellung der Ausgaben mitgetheilt, welche der Stadt durch den Krieg erwachsen sind. Mit Uebergehung von Spezialitäten erwähnen wir, daß die Ausgabe eine Höhe von 260,000 Thlr. (gegen 80,909 Thlr. im Jahre 1866, in welchem aber bekanntlich Naturalbequartierung bestand) erreicht hat.

Die Versammlung genehmigte des Widerspruchs des Herrn Reimarus ungeachtet die fernereite Zahlung eines jährlichen Zuschusses von 250 Thlr. aus Kammereimitteln zur Befolgung des Diafonus an St. Gertrud, ferner den einem früheren Beschlusse entsprechend abgeänderten Bebauungsplan für Vonnemendörfer Anlagen und nach den Vorschlägen des Magistrats die von der Gesellschaft „Elysium“ in mehreren Punkten beantragte Abänderung des Bebauungsplanes eines Theiles von Grünhof, ertheilte ferner den Meistgeboten: 1) von 768 Thlr. (gegen 510 Thlr. 19 Sgr. pro 1870) für die verkauften Weiden in der Plantage vor dem Ziegenthore, 2) von 225 Thlr. 15 Sgr. jährlich auf 3 Jahre vom 1. Jan. 1872 bis 1875 (gegen 165 pro anno in der Vorzeit) für die Bodenmeisterwohnung im ehemals Sencrow'schen Speicher ihre Zustimmung und bewilligte: 1) für die Herstellung baulicher Einrichtungen zum Schutze der Uhr im Innern des Jacobi-Kirchthurms die veranschlagten 30 Thlr., 2) für das Ausziehen und Reguliren der Thurmthüren auf der Jacobi- und der Johanniskirche nachträglich 10 Thlr., 3) zur Verlegung eines durch mehrere Straßen der Unterstadt führenden Gasrohrs 200 Thlr. — Bei der Verpachtung von 29 Parzellen an der Galtwiese sind nur für 17 Parzellen angemessene Gebote erfolgt. Der Magistrat wird nun autorisirt, die übrigen 12 Parzellen den betreffenden Bietern gegen einen Durchschnittspachtpreis der ersten 17 Parzellen zu überlassen, event. aber eine anderweite freihändige Verpachtung vorzunehmen. — Von dem Vorstande der Rinderherberge ist für die in letzter Sitzung bewilligte Subvention ein Dankschreiben eingegangen. — Die Rechnung über die städtischen Ausgaben der Polizeiverwaltung pro 1870 wurde nach erfolgter Erledigung des aufgestellten Monitums dechargirt. — Zur Wiederwahl für die nächste Sitzung wurden vorgeschlagen:

als Vorsteher der 6. Armen-Kommission: der Juwelier Sperling, als Vorsteher der 23. Armen-Kommission: der Schmiedemeister Schaebe, als Stellvertreter desselben: der Brenneireibestitzer Sellin — Die Versammlung erkennt die vom Privatsekretär Armbröst für die Ablehnung der Uebernahme des Amtes als Vorsteher des 17. Armenbezirks angeführten Gründe nicht als ausreichend an, beschließt vielmehr, daß gegen denselben bei fortgesetzter Weigerung zu seiner Uebernahme vom Magistrat nach Maßgabe des §. 74 der Städteordnung vorgegangen werden solle.

Dem Domänen-Rentmeister und Forstassen-Rendanten Tsch zu Stepenitz sowie dem Domänen-Rentmeister und Kreis-Steuer-Einnehmer Stüwe zu Naugard ist der Charakter als „Domänen-Rath“ verliehen worden.

Das „alte Nitterschastliche Bankgebäude“ in der Louisenstraße wurde vorgestern vom Herrn Polizei-Kommissarius Berg für ein Gebot von 22,800 Thlr. meistbietend erstanden.

Der durch Errichtung der neuen Dampferlinie Stettin-Newyork hervorgerufene größere Verkehr scheint auch am hiesigen Dampfschiffbohrwerk bereits seine Wirkung zu üben. Es ist nämlich der dort sub Nr. 6 belegene „Schmidt'sche Gasthof“, ein Gebäude von etwa 26 Fuß Front, vorgestern zum Preise von 41,000 Thlr. von dem Destillateur Ziehm angekauft worden.

Dem Rechnungsrath Langebecker in Cöslin ist der rothe Adlerorden 4. Klasse, dem Privatförster Neumann zu Buschmühl im Kreise Demmin das allgemeine Ehrenzeichen verliehen. Ferner ist dem Sek.-St. Müller von der Infanterie des Reserve-Landwehr-Bataillons Stettin zur Anlegung des Ritterkreuzes 2. Klasse des bayerischen Militär-Verdienstordens, dem Sergeanten Krienke 1. vom Ersatz-Bataillon des Colberg'schen Grenadier-Regiments (2. pomm.) Nr. 9, sowie dem Unteroffizier Krienke II. vom 4. pomm. Inf.-Regt. Nr. 21 zur Anlegung der silbernen Medaille des sächsischen Albrechtsordens, dem Major v. Stilpnagel vom pomm. Jäger-Regt. Nr. 34 und dem Major Grafen Henkel v. Donnersmark von der Kavallerie des Reserve-Landwehrbataillons Stettin zur Anlegung der badi'schen Feld-Eisenkreuzauszeichnung pro 1870—71, dem Premier-Lieutenant v. Albedyll vom Grenadier-Regiment König Friedr. Wilh. IV. (1. pomm.) Nr. 2 zur Anlegung des preussischen Ehrenkreuzes 3. Klasse mit Schwertern und dem General-Major von und zu Gilja, Kommandeur der 6. Inf.-Brigade, zur Anlegung des litthjischen Ehrenkreuzes 1. Klasse mit Schwertern, die Erlaubniß ertheilt worden.

Der Dampfer „J. Antlin“ vom baltischen Lloyd ist am 6. d. in Halifax wegen Mangel an Kohlen eingelaufen, um von dort nach Newyork weiter zu gehen.

Am 14. cr. wird vor dem Schwurgericht noch eine Anklage wegen Meineides wider den Cigarrenfabrikanten Jakob in Grabow verhandelt werden.

Um die Vortheile des Signirens der Pakete per Adresse bei der zu erwartenden erheblichen Steigerung des Päckerverkehrs während der bevorstehenden Weihnachtszeit im Interesse des Publikums im vollen Umfange zur Geltung zu bringen, hat das Generalpostamt bestimmt: daß bis auf Weiteres vom 1. Dezember ab bei allen mit der Post zu befördernden Paketen die Bezeichnung (Signatur) die wesentlichen Angaben der Adresse enthalten muß, so daß nöthigenfalls das Paket auch ohne den Begleitbrief bestellt werden kann.

Die Reichsliquidationskommission für Aetherbereitschaften bringt in Erinnerung, daß diejenigen Aether, welche für das Stillliegen in außerdeutschen Häfen Entschädigung beanspruchen, ihre Forderungen bei Verlust ihres Anrechts bis zum 31. Dezember einzureichen haben.

Heute wurde vor den Geschworenen zuerst gegen die unverheiratete 16jährige Henriette Kindermann aus Plöwen eine Anklage wegen Kindesmordes verhandelt. Die Angeklagte war geständig, am 13. Juli d. J. heimlich ein Kind weiblichen Geschlechtes geboren, durch Zertreten mit ihren Holzpantoffeln getödtet und in den Dorffsee geworfen zu haben. In Ansehung ihrer Jugend wurden der Angeklagten mildernde Umstände zuerkannt und dieselbe ohne Zuziehung der Geschworenen zu dem niedrigsten Strafmaß von 2 Jahren Gefängniß verurtheilt.

Hierauf erschien ein Hochappler erster Klasse, der Handlungsreisende Karl Matthias Kocke aus Stettin, bereits 6 Mal wegen Diebstahls bestraft, auf der Anklagebank. Derselbe war beschuldigt: 1) im Juli 1867 fünf von ihm gefälschte englische Kreditbriefe im Gesamtbetrage von 542 Thlr. bei einem hiesigen Kaufmann präsentirt und den Inhalt einkassirt zu haben; 2) sollte derselbe in der Nacht zum 5. April 1867 dem Kaufmann H. Gattenberg in einem Gasthose zu Bernburg ca. 500 Thlr. nebst verschiedenen andern Gegenständen entwendet haben. Der Angeklagte, der die im ersten Falle erwähnten Kreditbriefe oder Circularnoten in Kopenhagen gestohlen und deshalb im Auslande bereits eine Strafe verbüßt, war hinsichtlich beider Anklagen geständig und wurde deshalb wegen Urkundenfälschung und Diebstahls als internationaler Verbrecher unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft zu vier Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurtheilt.

Victoria-Theater.
Sonnabend. Ein Küchenroman. Genrebild in 1 Akt. Unten Morgen Herr Fischer. Bandeville in 1 Akt. Des Mädchens Traum. Gebirt mit 7 Traumbildern. Die schöne Salathée. Komische Ouerette in 1 Akt.